Dominik Wulf

Kinderschutz im Lockdown? Das Childhood-Haus Düsseldorf – trotz Corona ein sicherer Ort!

Als Kinderarzt und Kinderschutzmediziner an der Klinik für Allgemeine Pädiatrie, Neonatologie und Kinderkardiologie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf interessiere ich mich für die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im Hinblick auf den medizinischen Kinderschutz. Durch meine Arbeit im Childhood-Haus Düsseldorf versuche ich die Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungen durch die Verlinkung von Medizin, Justiz und Polizei kindgerechter zu gestalten.

1 Kinderschutz im Lockdown

Die zur Eindämmung der Corona-Pandemie verhängten Maßnahmen (Lockdown) haben seit Mitte März 2020 teilweise zu erheblichen Einschränkungen auf Teile des Lebens- und Gesellschaftsbereichs von Kindern, Jugendlichen und Familien geführt. Um einen ersten empirischen Eindruck zu gewinnen, wie sich die Corona-Pandemie auf bestimmte Bereiche der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe auswirkt, wurde vom Deutschen Jugendinstitut e. V. eine bundesweite Onlinebefragung bei allen 575 Jugendämtern durchgeführt, an der sich 371 Ämter beteiligt haben (Rücklaufquote 65 %). Der überwiegende Anteil der Jugendämter gab an, dass sich die Anzahl von Gefährdungsmeldungen und Inobhutnahmen im Erhebungszeitraum entweder nicht verändert habe (55 % und 66 %) oder sogar gesunken sei (25 % und 19 %). Aus ergänzenden Kommentaren geht hervor, dass diese Zahlen von den Jugendämtern unterschiedlich interpretiert wurden. Als einen Grund benennen Jugendämter eine Unterbrechung von Kommunikationswegen, etwa aufgrund der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten (Kitas) (Mairhofer et al. 2020).

Im Jahr 2019 kamen ca. 15 % aller Gefährdungseinschätzungen nach § 8a (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung) Absatz 1 Sozialgesetzbuch (SGB), Achtes Buch (VIII) durch die Beobachtung und Meldung von Kindertageseinrichtungen und Schulen zustande, so dass davon auszugehen ist, dass ein erheblicher Anteil des Rückgangs von Gefahrenmeldungen an die Jugendämter durch die Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen bedingt ist. Seit 2012 (Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes) haben die Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung in Deutschland kontinuierlich zugenom-

men. So gingen 2019 insgesamt 173.029 Meldungen einer Kindeswohlgefährdung bei den Jugendämtern in Deutschland ein. Hiervon wurde in 55.527 Fällen eine Kindeswohlgefährdung (latent und akut) festgestellt. Erstmals überwiegte die Anzahl von akuten im Vergleich zu latenten Kindeswohlgefährdungen (Statistisches Bundesamt 2020). Für das Jahr 2020 steht die Veröffentlichung der Zahlen zur Kindeswohlgefährdung durch das statistische Bundesamt noch aus.

Für den medizinischen Kinderschutz konnte in einer Umfrage an allen deutschen Kinderkliniken und Kinderschutzambulanzen bezüglich der Fallzahlen gezeigt werden, dass die Anzahl von ambulanten und stationären Kinderschutzfällen im März und April 2020 im Vergleich zu 2019 um ca. 15 % (ambulant) bzw. 20 % (stationär) abgenommen hat (Heimann et al. 2021).

Dieser Rückgang von Gefährdungsmeldungen an Jugendämter einerseits und Kinderschutzfällen in Kinderkliniken andererseits ist besorgniserregend, denn das Risiko von Gewalt an Frauen und Kindern steigt deutlich an, wenn sich Frauen in Heimquarantäne befinden. So konnte eine repräsentative Online-Befragung von 3.800 Frauen in Deutschland zwischen dem 22. April – 8. Mai 2020 zeigen, dass die Häufigkeit von körperlicher Gewalt gegen Kinder bei 10,5 % lag, wenn sich die Mutter in Heimquarantäne befand. Bestanden keine Quarantänemaßnahmen, lag die Häufigkeit bei 5,5 % (Steinert und Ebert 2020).

Es ist davon auszugehen, dass Meldungen von Kindeswohlgefährdungen mit zunehmender Normalisierung des alltäglichen Lebens und dem Wegfall von Lockdown-Maßnahmen zunehmen werden, da Kommunikationswege wiederhergestellt sind und Kinder mehr Teilhabe am öffentlichen Leben haben. Die Kinderschutzgruppe der Universitätsklinik Düsseldorf hat bereits im ersten Quartal 2021 eine Verdoppelung der stationären Kinderschutzfälle im Rahmen einer nicht veröffentlichten internen Datenerhebung festgestellt.

2 Anhörungen im Childhood-Haus Düsseldorf

Das Childhood-Haus Düsseldorf (Abb. 1) ist eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, die Opfer von sexualisierter oder körperlicher Gewalt geworden sind und richtet sich insbesondere an die Kinder und Jugendlichen, bei denen ein Ermittlungsverfahren angestrebt wird oder bereits eingeleitet wurde. Wir wollen den Kindern in dieser Situation einen geschützten Raum bieten – altersangepasst und möglichst angstfrei. Das Childhood-Haus bietet darüber hinaus die Möglichkeit der Beratung und Vermittlung für betroffene Kinder und Jugendliche und ihre nichtbeschuldigten Angehörigen.

Im Childhood-Haus arbeiten verschiedene Professionen interdisziplinär zusammen, um betroffene Kinder und Jugendliche optimal zu beraten und zu betreuen. So kann eine Befragung im Childhood-Haus mithilfe neuester *gerichtsfester* Videotechnik eine Aussage des Opfers vor Gericht ersetzen und wiederholte Befragungen vermeiden. Die zentrale Idee des Konzeptes ist: *Alle kommen zum Kind*. Akteure aus den Bereichen Medizin, Justiz, Polizei und Jugendhilfe kommen im Childhood-Haus zusammen, um die interdisziplinäre und v. a. rechtliche Fallabklärung von Kindesmissbrauch in einem kindzentrierten Rahmen zu ermöglichen. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen hingegen müssen die verschiedenen im Aufklärungsprozess relevanten Institutionen nicht mehr alle separat aufsuchen. Polizeiliche und richterliche Befragungen sowie Beratung und Vermittlung können zentral im Childhood-Haus gebündelt werden. Oberstes Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen vor möglichen Retraumatisierungen zu schützen. Durch gemeinsame Fallkonferenzen der verschiedenen Akteure können gemeinsam Bedarfe, Hilfs-, Unterstützungs- und Beratungsangebote sowie geeignete und notwendige Nachsorgeangebote vermittelt werden, um eine schnelle Hilfe für betroffene Kinder und deren Familien zu gewährleisten.

Das Childhood-Haus ist eine ausschließlich ambulante Einrichtung, die an die Klinik für Allgemeine Pädiatrie, Neonatologie und Kinderkardiologie der Universitätsklinik Düsseldorf angegliedert ist. Falls notwendig und noch nicht erfolgt, besteht auch die Option vor Ort eine medizinische Untersuchung zur Dokumentation vorzunehmen. Diese wird, falls notwendig, durch Ärztinnen und Ärzte aus der Kinderklinik, der Rechtsmedizin und/oder der Gynäkologie durchgeführt.

Abb. 1: Das Logo des Childhood-Hauses Düsseldorf.

© Universitätsklinikum Düsseldorf, Unternehmenskommunikation

3 Gesetzlicher Rahmen

Die Arbeit des Childhood-Hauses Düsseldorf orientiert sich an geltenden Vorgaben und Gesetzen. Als maßgeblich für die Arbeit gilt dabei die UN-Kinderrechtskonvention, insbesondere Artikel 12, welcher unter anderem die altersgerechte Anhörung eines Kindes in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren vorschreibt. Das

Recht auf Anhörung vor Gericht wird darüber hinaus auch durch Artikel 103 des Grundgesetzes (GG) festgeschrieben. Weiterhin leistet das Childhood-Haus einen Beitrag zur Erfüllung des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit gemäß des Artikels 2 Absatz 2 des GG und des Rechts des Kindes auf gewaltfreie Erziehung gemäß § 1631 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Das dort tätige Personal orientiert sich bei der Arbeit an den Rechten und Pflichten des § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) sowie des § 8b Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII). Darüber hinaus werden im Rahmen der Anhörung minderjähriger Gewaltopfer verschiedene Angaben der Strafprozessordnung (StPO), des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG) der Polizeidienstvorschrift (PDV) 382 und bei Beteiligung des Familiengerichts das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) relevant. Diese werden im Folgenden zusammengefasst:

Bei der Befragung eines kindlichen Opferzeugens verfügen die Prozessbeteiligten nicht über das Recht, diese direkt zu befragen. Sie können lediglich Fragen an den Richter weiterleiten, welcher die Fragen nach eigenem Ermessen an die Kinder weiterleitet. Zudem kann gemäß § 168e StPO ein Zeuge ohne Anwesenheit der Anwesenheitsberechtigten in einem separaten Raum befragt werden, wenn dies für das „Wohl des Zeugen“ von Bedeutung ist. In diesem Fall müssen zeitgleich Videoaufnahmen (Bild und Ton) übertragen werden, sodass die Möglichkeit besteht, weiterhin Fragen an den Richter zu übermitteln. Im Childhood-Haus wird ein separater Raum vorgehalten, welcher dem Beschuldigten unter Wahrung entsprechender Sicherheitsmaßnahmen die Teilnahme und Mitwirkung an der Befragung minderjähriger Opferzeugen ermöglicht.

Besonders relevant für die Arbeit des Childhood-Hauses ist die Möglichkeit, Video- oder Tonaufnahmen zu nutzen, wenn „damit die schutzwürdigen Interessen von Personen unter 18 Jahren sowie von Personen, die als Kinder oder Jugendliche durch eine der in § 255a Absatz 2 des Strafgesetzbuches (StGB) genannten Straftaten verletzt worden sind, besser gewahrt werden können“ (§ 58a StPO). Paragraph 255a StPO besagt hierzu:

In Verfahren wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184k des Strafgesetzbuches) oder gegen das Leben (§§ 211 bis 222 des Strafgesetzbuches), wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225 des Strafgesetzbuches) oder wegen Straftaten gegen die persönliche Freiheit nach den §§ 232 bis 233a des Strafgesetzbuches kann die Vernehmung eines Zeugen unter 18 Jahren durch die Vorführung der Bild-Ton-Aufzeichnung seiner früheren richterlichen Vernehmung ersetzt werden, wenn der Angeklagte und sein Verteidiger Gelegenheit hatten, an dieser mitzuwirken und wenn der Zeuge, dessen Vernehmung nach § 58a Absatz 1 Satz 3 in Bild und Ton aufgezeichnet worden ist, der vernehmung ersetzenden Vorführung dieser Aufzeichnung in der Hauptverhandlung nicht unmittelbar nach der aufgezeichneten Vernehmung widersprochen hat (§ 255a StPO).

Hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer Befragung der Kinder und Jugendlichen außerhalb der Hauptverhandlung. Gemäß § 247a StPO kann dies zudem an einem anderen Ort stattfinden, um die Zeugen zu schützen. Minderjährigen Opferzeugen kann gemäß § 406g StPO und § 2 PsychPbG als „besonders schutzbedürftige Verletzte“ (§ 2 PsychPbG) auf Antrag eine psychosoziale Prozessbegleitung beigeordnet werden. Prozessbegleiter:innen ist es dabei ausdrücklich nicht erlaubt, an der Aufklärung des Sachverhaltes mitzuwirken oder eine rechtliche Beratung der Opfer durchzuführen. Die Aufgabe der Prozessbegleitung ist es vielmehr, die Minderjährigen auch während der Zeugenaussagen psychosozial zu betreuen und zu begleiten. Dabei müssen Prozessbegleiter:innen stets Neutralität wahren und dürfen keinen Einfluss auf die Aussagen der Opferzeugen nehmen.

In Fällen der Schädigung von Minderjährigen ist in der Polizeidienstverordnung (PDV) 382 zur „Bearbeitung von Jugendsachen“ festgehalten, dass die Ermittlungen in Verfahren, die Minderjährige involvieren, „tatzeitnah“ stattfinden sollten. Die Aufklärung von Straftaten, bei denen Minderjährige beteiligt sind, sollen von entsprechend qualifizierten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern bearbeitet werden, insofern diese verfügbar sind. Sollten diese nicht zur Verfügung stehen, sollte von einer Befragung von Kindern abgesehen werden, wenn durch diese keine unaufschiebbaren fahndungs- und ermittlungsrelevanten Erkenntnisse zu erwarten sind. Vernehmungen sollen so vorbereitet sein, dass, wenn möglich, nur *eine* Vernehmung stattfinden muss. Diese sollte so umfangreich sein, dass keine weiteren Vernehmungen notwendig werden und so die Belastung der Minderjährigen so gering wie möglich gehalten werden kann. Entsprechend soll die Vernehmung außerdem „in einer vertrauensvollen Atmosphäre“ (PDV 382, 1997, 14) stattfinden. Sollten Kinder Opfer von sexualisierter Gewalt geworden sein, sollte vor Vernehmung die Staatsanwaltschaft involviert werden. Grundsätzlich können Kinder und Jugendliche bei der Vernehmung von ihren Eltern oder anderen Erziehungs- oder Personensorgeberechtigten begleitet werden. Sollte hier jedoch das Risiko einer Beeinflussung bestehen, ist es ratsam von der Begleitung abzu- sehen, wenngleich eine Teilnahme nicht untersagt werden darf. Gegebenenfalls ist auch die Begleitung durch eine andere Person möglich. Eine Begegnung mit anderen Zeugen oder dem Beschuldigten selbst sind nach der Polizeidienstvorschrift zu vermeiden. Auch ein gemeinsames Warten im Wartebereich oder kurze Begegnungen sollen vermieden werden. Der Mitschnitt von Audio- oder Videoaufnahmen der Vernehmung ist nur nach Zustimmung der Minderjährigen möglich (Polizeidienstvorschrift 1997).

4 Räumlichkeiten des Childhood-Hauses

Die Räume des Childhood-Hauses sind kindgerecht gestaltet. Eine Begegnung zwischen dem betroffenen Kind, bzw. seinen nicht beschuldigten Angehörigen und der oder dem Beschuldigten wird vermieden. Beschuldigte Personen erhalten über eine Außentür Zugang zum Gebäude. Die Kinder und Jugendlichen halten sich während ihres Besuchs im Childhood-Haus immer wieder für einige Zeit im Warteraum auf. Dieser gilt zum einen als Rückzugsort für die Betroffenen und ihre Angehörigen, zum anderen als Ort der Informationsweitergabe. Entsprechend der Idee *Alle Beteiligten kommen zum Kind* treten weitere Beteiligte hier mit dem Kind oder Jugendlichen in Kontakt. Für die Befragungen durch Polizei oder Justiz ist ein Raum eingerichtet, der mit der notwendigen Aufnahmetechnik ausgestattet ist. Der Bereich ist relativ reizarm und doch kindgerecht gestaltet, sodass die Kinder und Jugendlichen nicht von der Befragung abgelenkt werden (Abb. 2).

Während der richterlichen Vernehmung werden weitere Beteiligte (z. B. die Staatsanwaltschaft) vor Ort sein. Dafür gibt es einen Konferenzraum, in den die Aufnahmen der Vernehmung übertragen werden. Von diesem Raum aus wird die Vernehmungstechnik gesteuert.

Abb. 2: Der Befragungsraum im Childhood-Haus Düsseldorf ist mit Kameras und Mikrofonen ausgestattet. © Universitätsklinikum Düsseldorf, Unternehmenskommunikation

Bei der richterlichen Vernehmung eines Opferzeugens muss der beschuldigten Person und der Verteidigung die Möglichkeit gewährt werden, an der Vernehmung teilzunehmen und Fragen zu stellen. Um eine Begegnung zwischen dem Opfer und der beschuldigten Person auszuschließen und somit eine Retraumatisierung des Kindes zu vermeiden, wird der beschuldigten Person ein Raum zur Verfügung gestellt, der eine deutliche Abgrenzung zu den vom Kind genutzten Räumen aufweist. Die beschuldigte Person wird auch nicht über den Haupteingang in das Gebäude geführt, sondern betritt das Gebäude über einen gesonderten Eingang an der Rückseite.

5 Zusammenfassung

Das Childhood-Haus optimiert die Zusammenarbeit aller im Kinderschutz arbeitenden Fachkräfte, indem es die unterschiedlichen Fachdisziplinen vernetzt und eine kindgerechte Umgebung schafft. Bei Bedarf lassen sich die notwendigen Kontaktmöglichkeiten mit der Koordinationsstelle des Childhood-Hauses Düsseldorf auf der Internetseite finden¹ (Abb. 3).

Abb. 3: QR-Code zur Internetseite des Childhood-Hauses Düsseldorf

Literatur

- Heimann T, Ewert J, Metzner F, Sigmund F, Jud A, Pawils S (2021) Medizinischer Kinderschutz während des Corona-Lockdowns. *Monatsschrift Kinderheilkunde* 169:346–352.
- Mairhofer A, Peucker C, Pluto L, Santen E, Seckinger M, Deutsches Jugendinstitut (2020) Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2020/1234_DJI-Jugendhilfebarometer_Corona.pdf. Zugriff am 25. August 2021.

¹ <https://www.uniklinik-duesseldorf.de/patienten-besucher/klinikeninstitutezentren/klinik-fuer-allgemeine-paediatric-neonatalogie-und-kinderkardiologie/childhood-haus>. Zugriff am 8. Oktober 2021.

- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020) Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kinderschutz/Publikationen/Downloads-Kinderschutz/gefaehrderungseinschaetzungen-5225123197004.pdf;jsessionid=88079DDA089E23290350BBF7279EE9C2.live731?__blob=publicationFile. Zugriff am 07. September 2021.
- Steinert J, Ebert C (2020) Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. https://www.kriminalpraevention.de/files/DFK/Praevention%20haeuslicher%20Gewalt/2020_Studienergebnisse%20Covid%2019%20HGEW.pdf. Zugriff am 7. September 2021.
- Polizeidienstvorschrift (PDV) 382 (1997) Bearbeitung von Jugendsachen. In: DVJJ-Journal. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 1(155):5–21. <https://www.dvjj.de/wp-content/uploads/2019/08/PDV-382.pdf>. Zugriff am 7. September 2021.